

# Deutschland ist als nächstes Land in Den Haag mit einer Anklage wegen Völkermordes im Gazastreifen konfrontiert

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 25.03.24

**Am 8. und 9. April findet vor dem Internationalen Gerichtshof erneut eine Anhörung zum israelischen Völkermord in Gaza statt. Diesmal werden die Richter in Den Haag die Argumente in dem von Nicaragua gegen Deutschland angestregten Verfahren entgegennehmen.**

Das Gericht muss nicht feststellen, dass ein Völkermord begangen wird, aber wenn Deutschland Waffen an einen Staat liefert, der möglicherweise Völkermord begeht, ist es zumindest vorläufig mitschuldig und verletzt seine eigenen Verpflichtungen, Völkermord zu verhindern

Das mittelamerikanische Land wirft Berlin vor <sup>1</sup>, seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention von 1948 und anderen „unverletzlichen Prinzipien des humanitären Völkerrechts“ , einschließlich der Vierten Genfer Konvention, zu brechen.

Nicaragua argumentiert <sup>2</sup>, dass „jede einzelne“ Vertragspartei der Völkermordkonvention verpflichtet ist, „alles zu tun, um die Begehung von Völkermord zu verhindern“, und dass seit Oktober 2023 „eine anerkannte Gefahr von Völkermord am palästinensischen Volk besteht, die sich vor allem gegen die Bevölkerung des Gazastreifens richtet.“

Nicaragua wirft Deutschland vor, dass sie durch die Lieferung großer Mengen militärischer Ausrüstung an den Staat Israel und die Streichung der Mittel für die UNRWA, die UN-Agentur, die die Bevölkerung des Gazastreifens mit lebenswichtiger humanitärer Hilfe versorgt, „die Begehung von Völkermord“ erleichtern und „in jedem Fall“ ihrer „Verpflichtung, alles zu tun, um die Begehung von Völkermord zu verhindern, nicht nachgekommen“ sind.

Laut den von der deutschen Regierung finanzierten Medien <sup>3</sup> ist Berlin neben den Vereinigten Staaten „einer der größten Waffenexporteure nach Israel“.

Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Geber des UNRWA. <sup>4</sup>

Nicaragua bittet das Gericht um den Erlass einer sofortigen einstweiligen Verfügung, mit der Deutschland aufgefordert wird, seine „Beteiligung an dem andauernden Völkermord und den schwerwiegenden Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht“ im Gaza-Streifen zu beenden.

Dazu gehört auch die Aussetzung der Militärhilfe für den Staat Israel und die Sicherstellung, dass bereits gelieferte deutsche Waffen nicht zur Begehung von Völkermord eingesetzt werden. Nicaragua for-

dert das Gericht außerdem auf, von Deutschland die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die Wiederaufnahme der Finanzierung der UNRWA zu verlangen.

Die Anhörungen finden statt, nachdem der IGH im Januar den Staat Israel aufgefordert hatte, alle potenziell völkermörderischen Handlungen – einschließlich der Tötung von Palästinensern – zu unterlassen, bis das Gericht die Völkermordklage Südafrikas gegen den Staat Israel geprüft hat.

Bislang hat die deutsche Regierung kaum reagiert, aber eine von der deutschen Regierung finanzierte Institution, die vorgibt, „Freiheit“ und „Menschenrechte“ in der ganzen Welt zu fördern, hat einen Artikel veröffentlicht, in dem Nicaragua verleumdet und beschuldigt wird, von seinen eigenen angeblichen Menschenrechtsverletzungen ablenken zu wollen. 5

Dies ist eine Nachahmung der altbekannten israelischen Taktik, Südafrika und alle anderen Kritiker zu diffamieren, anstatt auf den Inhalt ihrer Kritik einzugehen.

### **Warum Deutschland?**

Wie Nicaragua in seiner Eingabe an den Gerichtshof feststellt, beteuern deutsche Politiker regelmäßig, dass die „Sicherheit“ des Staates Israel eines ihrer höchsten Anliegen ist.

Olaf Scholz, der deutsche Bundeskanzler, sagte am 12. Oktober im Bundestag, während die brutale und wahllose Bombardierung und totale Belagerung des Gazastreifens durch den Staat Israel bereits im Gange war: „In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz: an der Seite Israels. Das ist es, was wir meinen, wenn wir sagen, dass die Sicherheit Israels eine deutsche Staatsraison ist.“ 6 Dies ist ein Grundsatz, den Scholz, wie die deutschen Staats- und Regierungschefs vor ihm, ständig wiederholt.

Deutschlands Eliten rechtfertigen diese bedingungslose Unterstützung einer völkermörderischen Apartheid-Siedlerkolonie heuchlerisch und perverserweise als Sühne für den Holocaust an den Juden.

Gleichzeitig gehen die deutschen Behörden brutal gegen fast jeden Widerspruch gegen ihre Politik der bedingungslosen Unterstützung für den Staat Israel vor. Diese Unterdrückung ist aus Sicht der deutschen Führung notwendig, weil die rachsüchtige, von Berlin unterstützte Kampagne der Vernichtung und Zerstörung in Gaza von einer überwältigenden Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit abgelehnt wird. 7

Die völlige Unfähigkeit Deutschlands, Völkermorde nicht mehr zu begehen oder zu unterstützen, macht deutlich, warum Nicaragua versucht, sie vor dem Weltgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen.

Aber Deutschland ist nicht das einzige Land, das den Staat Israel bei der Ermordung der Palästinenser durch Bombenangriffe und absichtliches Aushungern unterstützt.

Was ist mit den Vereinigten Staaten? Leider kann kein Land eine ähnliche Klage gegen die Vereinigten Staaten einreichen: Obwohl Washington die Völkermordkonvention ratifiziert hat, haben sie sich gegen die Bestimmung entschieden, mit der der Internationale Gerichtshof als Forum für die Beilegung von Streitigkeiten über den Vorwurf des Völkermordes eingerichtet wurde.

## Warum Nicaragua?

Nicaragua verweist auf die Verpflichtung aller Staaten zur Einhaltung der Völkermordkonvention und des Völkerrechts als Grund für die Klageerhebung gegen Deutschland. Dennoch hat Nicaragua eine besondere Beziehung zum palästinensischen Volk.

Die regierende sandinistische Befreiungsbewegung hat mit den Palästinensern langjährige Verbindungen der Solidarität und des Kampfes seit den 1960er Jahren.

Gleichzeitig bewaffnete und unterstützte der Staat Israel die grausame, von Washington unterstützte Somoza-Diktatur, die von den Sandinisten 1979 gestürzt wurde, ebenso wie Tel Aviv andere US-Klientenregime in Mittelamerika bewaffnete und ausbildete und ihnen half, Gräueltaten zu begehen, darunter den Völkermord in Guatemala. 8

Nicaragua hat auch eine eigene Geschichte mit dem Internationalen Gerichtshof. In den 1980er Jahren verklagte Nicaragua die Vereinigten Staaten vor dem IGH wegen der militärischen Unterstützung der rechtsgerichteten Contra-Konterrevolutionäre durch Washington. Der Gerichtshof unterstützte die Forderungen. 9

Hat Nicaragua Kanada zum Einfrieren von Waffenverkäufen aus Ängsten heraus veranlasst?

Im Februar, nach der Entscheidung des IGH, vorläufige Maßnahmen im Fall Südafrikas gegen den Staat Israel zu verhängen, sandte Nicaragua diplomatische Noten an vier Länder – Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Kanada – mit der dringenden Aufforderung, „die Lieferung von Waffen, Munition, Technologie und/oder Komponenten an den Staat Israel sofort zu stoppen, da es plausibel sei, dass sie zur Erleichterung oder Begehung von Verstößen gegen die Völkermordkonvention verwendet“ würden.

Dies waren praktisch rechtliche Warnungen: Nicaragua berief sich in seiner Klage vor dem IGH auf die diplomatische Note an Deutschland, um zu belegen, dass ein Rechtsstreit zwischen den beiden Ländern besteht und dass der Fall daher nach den Regeln des Weltgerichtshofs zulässig ist. Nicaragua könnte also immer noch gegen die anderen drei Länder klagen. Es könnte auch der Auffassung sein, dass der symbolische Wert einer Anklage gegen Berlin wegen Beihilfe zum Völkermord ausreichend ist.

Es ist jedoch möglich, dass das Vorgehen Nicaraguas gegen Deutschland zumindest bei einem der anderen Länder, nämlich Kanada, die gewünschte Wirkung zeigt. Anfang dieses Monats – nur eine Woche, nachdem Nicaragua seine Klage gegen Deutschland vor dem IGH eingereicht hatte – kündigte Kanada an, die Finanzierung der UNRWA wieder aufzunehmen 10, die nach unbegründeten israelischen Anschuldigungen gegen Mitarbeiter der Organisation ausgesetzt worden war.

Kanada, Schweden, Australien, Island 11 und Finnland 12 sind bisher die einzigen unter den 18 Ländern, die unter der Führung der Vereinigten Staaten ihre Beiträge für die UNRWA ausgesetzt und die ihre Finanzierung wieder aufgenommen haben.

Letzte Woche gab Ottawa 13 bekannt, dass sie seit dem 8. Januar keine neuen Genehmigungen für Waffenexporte in den Staat Israel erteilt haben und dass der Exportstopp so lange aufrechterhalten wird, bis Kanada sicher ist, dass der Staat Israel diese Waffen im Einklang mit kanadischem Recht einsetzt.

Dies geschah, nachdem das kanadische Parlament mit großer Mehrheit eine nicht bindende Resolution verabschiedet hatte, in der die Regierung aufgefordert wurde, „die weitere Genehmigung und den Transfer von Waffenexporten nach Israel einzustellen“. 14

Ottawas Ankündigung steht unter dem Vorbehalt, dass Genehmigungen, die vor dem 8. Januar erteilt wurden, nicht annulliert werden – ein Schritt, der von Aktivisten als Versuch gewertet wird, die Wirkung der Entscheidung zu begrenzen. Sie drängen weiterhin auf ein vollständiges Embargo für alle Waffentransfers in den Staat Israel.

Trotz dieser wichtigen Vorbehalte ist die Ankündigung Ottawas von großer Bedeutung, insbesondere für ein NATO-Mitglied und einen engen Verbündeten des Staates Israel und der Vereinigten Staaten.

Tel Avivs wütende Reaktion deutet darauf hin 15, dass es befürchtet, Ottawa habe einen Präzedenzfall geschaffen, dem andere folgen werden, oder dass Kanada selbst strengere Beschränkungen verhängen könnte.

Während die liberale Regierung von Premierminister Justin Trudeau auf die anhaltende Empörung im eigenen Land über die Unterstützung des israelischen Völkermords durch seine Regierung reagiert haben mag, ist nicht auszuschließen, dass der Rechtsstreit Nicaraguas gegen Deutschland auch die Gemüter in Ottawa erregt hat.

Obwohl sich Kanada als multikultureller Zufluchtsort und Verfechter der Menschenrechte vermarktet, musste es – wenn auch widerwillig und verspätet – den Völkermord an seinen Ureinwohnern eingestehen.

Die kanadische Führung hofft vielleicht, dass ein leichter Rückzug bei der Unterstützung des Staates Israel ihr die Peinlichkeit erspart, neben dem Staat Israel und Deutschland auf der Anklagebank des Weltgerichts zu landen.

### **Steht die Klage Nicaraguas auf festem rechtlichen Boden?**

Einige Experten warnen davor, dass die Klage Nicaraguas auf eine fatale Hürde stoßen könnte – einen Rechtsgrundsatz, der als Regel des unabdingbaren Dritten bezeichnet wird.

Vereinfacht ausgedrückt, verbietet diese Regel dem Gericht, Fälle zu verhandeln, in denen die Richter über eine Angelegenheit entscheiden müssen, die die Rechte eines Staates berührt, der nicht Partei in diesem Fall ist. Im Fall Nicaragua gegen Deutschland wäre die abwesende dritte Partei der Staat Israel.

„Die entscheidende Frage lautet: Kann der Gerichtshof über die Vorwürfe gegen Deutschland entscheiden, ohne zuvor über angebliche Verletzungen des Völkerrechts durch den Staat Israel zu befinden“,

argumentiert Stefan Talmon, Professor für Völkerrecht und Direktor des Instituts für Völkerrecht an der Universität Bonn in Deutschland. 16

„Meiner Ansicht nach ist dies unmöglich, da ein Staat nur dann für die Verletzung der Verpflichtung, Völkermord zu verhindern oder sich nicht an Völkermord zu beteiligen, verantwortlich gemacht werden kann, wenn ein anderer Staat tatsächlich einen Völkermord begangen hat.“

Da der Gerichtshof im Fall Südafrika gegen den Staat Israel noch nicht entschieden hat, ob der Staat Israel Völkermord begangen hat – ein Prozess, der Jahre dauern könnte – hat die nicaraguanische Klage gegen Deutschland nach Ansicht von Talmon wenig Aussicht auf Erfolg.

Diese Einschätzung wird jedoch von anderen Experten angezweifelt. Marco Longobardo, Professor für internationales Recht an der Universität Westminster in Großbritannien, weist darauf hin, dass Nicaragua seine Klage gegen Deutschland nicht nur auf der Grundlage der Völkermordkonvention von 1948 eingereicht hat, sondern auch auf der Basis anderer Bestimmungen des internationalen Menschenrechts.

Unter Verweis auf die jüngste Anordnung eines Gerichts in Den Haag, dass die niederländische Regierung die Lieferung von Ersatzteilen für israelische F-35-Kampfflugzeuge einstellen muss, stellt Longobardo fest, dass „die Pflicht, die Einhaltung [des humanitären Völkerrechts] zu gewährleisten, entsteht, wenn ein Staat weiß, dass ein anderer Staat schwerwiegende Verstöße gegen [das humanitäre Völkerrecht] begeht ... oder wenn ein klares Risiko besteht, dass dies der Fall sein könnte“. 17

Longobardo argumentiert, dass es für eine Verurteilung Deutschlands wegen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht ausreicht zu zeigen, dass Deutschland wusste, dass ein klares Risiko von Verstößen durch den Staat Israel besteht, ohne dass die Richter endgültig feststellen müssen, ob der Staat Israel tatsächlich solche Verstöße begeht.

Andere Rechtsexperten haben sich zu der Debatte geäußert, und es gibt Argumente dafür, dass die Regel des unabdingbaren Dritten nicht notwendigerweise zum Tragen käme, selbst wenn sie anwendbar wäre, und zwar gilt dies für die erste Phase, in der das Gericht nur über den Antrag Nicaraguas auf vorläufige Maßnahmen entscheidet, mit denen Deutschland aufgegeben wird, die Verbrechen des Staates Israel nicht mehr zu unterstützen,.

Laut Susan Akram, Direktorin der International *Human Rights Clinic* an der Boston University's School of Law, ist „die Rechtsprechung nicht geklärt“, ob und zu welchem Zeitpunkt die Regel des unabdingbaren Dritten greifen könnte. Akram erklärte gegenüber *The Electronic Intifada*, dass ihrer Meinung nach, „da es sich um die Phase der vorläufigen Maßnahmen handelt, der IGH feststellen kann, dass er hinsichtlich der Zulässigkeit fortfahren kann, um festzustellen, ob Deutschland vorläufig an den begangenen Völkermorden mitschuldig ist oder nicht, ohne den Staat Israel als Partei einbeziehen zu müssen.“

„Das Gericht muss nicht feststellen, dass ein Völkermord begangen wird, aber wenn Deutschland Waffen an einen Staat liefert, der möglicherweise Völkermord begeht, ist es zumindest vorläufig mitschuldig und verletzt seine eigenen Verpflichtungen, Völkermord zu verhindern“, sagte Akram.

Die unterschiedlichen Auffassungen unterstreichen, dass die Rechtslage in diesem Bereich nicht eindeutig und es daher schwierig ist vorherzusagen, wie das Gericht entscheiden wird. Deutschland wird wahrscheinlich argumentieren, dass die Regel des unabdingbaren Dritten gilt und der Fall abgewiesen werden sollte.

Der Schriftsatz Nicaraguas geht nicht direkt auf diese Frage ein, so dass abzuwarten bleibt, ob das Anwaltsteam des Landes diese Frage in der bevorstehenden mündlichen Verhandlung präventiv ansprechen wird.

Im Endeffekt haben die Richter einen großen Spielraum. Aber wenn sie sich unwohl dabei fühlen, entscheiden zu müssen, ob Deutschland – zumindest teilweise – für einen weiteren Völkermord verantwortlich ist, könnten sie sich auf diese Regel berufen, um einen einfachen Ausweg zu finden.

### **Wird die Berliner Palästina-Konferenz verboten werden?**

Während sich die Anwälte der deutschen Regierung darauf vorbereiten, ihre Position in Den Haag zu verteidigen, nehmen die Repressionen Berlins gegen Unterstützer der palästinensischen Rechte weiter zu. Letzte Woche geriet die berlinfreundliche Presse in Panik wegen einer für April geplanten Konferenz, die von einer basisdemokratischen Koalition aus palästinensischen und jüdischen deutschen Gruppen organisiert wurde. 18

Zu den eingeladenen Rednern gehören die palästinensische deutsche Anwältin Nadija Samour, die vor kurzem bei der Staatsanwaltschaft eine Völkermordklage gegen deutsche Politiker eingereicht hat, Ghassan Abu Sitta 19, der britisch-palästinensische Chirurg, der vor kurzem aus dem Gazastreifen zurückgekehrt ist, die antizionistischen israelischen und jüdischen Aktivisten Dror Dayan, Yuval Gal und Shir Hever sowie palästinensische Journalisten wie Hebh Jamal, der ehemalige griechische Finanzminister und Linkspolitiker Yanis Varoufakis und der Autor.

In den deutschen Medien wird das Treffen als antisemitisch, extremistisch und als „Hassgipfel“ verleumdeter. 20 Dies hat zu Forderungen geführt, die Konferenz zu verbieten, was die deutschen Behörden Berichten zufolge in Erwägung ziehen. Deutsche Medien haben auch spekuliert, dass die Behörden Einreiseverbote für internationale Redner, einschließlich des Autors, verhängen könnten.

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/germany-next-face-gaza-genocide-charges-hague>

1 <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/193/193-20240301-pre-01-00-en.pdf>

2 <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/193/193-20240301-app-01-00-en.pdf>

3 <https://www.dw.com/en/nicaragua-says-germany-facilitates-genocide-by-aiding-israel/a-68422846>

- 4 <https://www.aljazeera.com/news/2024/1/28/which-countries-have-cut-funding-to-unrwa-and-why>
- 5 <https://www.freiheit.org/southeast-and-east-asia/focus/about-us>  
<https://www.freiheit.org/human-rights-hub-geneva/nicaragua-vs-germany-political-red-herring>
- 6 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2230150>
- 7 [https://www.yahoo.com/news/survey-almost-70-germans-critical-164624463.html?guccounter=1&guce\\_referrer=aHRocHM6Ly9lbGVjdHJvbmIjaW50aWZlZGEubmVoLw&guce\\_referrer\\_sig=AQAAAHnOoaDRQacIjmm4jL-vYrQgj2K5icVvggu38lSI-qN\\_8gMqkIxcIk59K6MCvz\\_EBFsLdLO6VlrSxgrmhsL5Kntw-gjtQVKfTrVk6oVT2eT7uGbwwNUZkRRDMY3paDS2d3pmEpL6jN7MJUoC\\_d18E7K8fR4HQ9M34g7znFfRnif](https://www.yahoo.com/news/survey-almost-70-germans-critical-164624463.html?guccounter=1&guce_referrer=aHRocHM6Ly9lbGVjdHJvbmIjaW50aWZlZGEubmVoLw&guce_referrer_sig=AQAAAHnOoaDRQacIjmm4jL-vYrQgj2K5icVvggu38lSI-qN_8gMqkIxcIk59K6MCvz_EBFsLdLO6VlrSxgrmhsL5Kntw-gjtQVKfTrVk6oVT2eT7uGbwwNUZkRRDMY3paDS2d3pmEpL6jN7MJUoC_d18E7K8fR4HQ9M34g7znFfRnif)
- 8 <https://merip.org/1986/05/israel-in-central-america/>  
<https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1982/05/29/palestinians-challenging-israel-for-influence-in-central-america/c88ee3e5-9c3a-4614-81d2-6c11365f75b1/>  
<https://www.usip.org/publications/1997/02/truth-commission-guatemala>
- 9 <https://www.icj-cij.org/case/70>
- 10 <https://apnews.com/article/canada-unrwa-gaza-israel-aid-suspended-hamas-1ed2cdb6c9bf293775320cob2d37d128>  
<https://www.reuters.com/world/no-evidence-israel-back-unrwa-accusations-says-eu-humanitarian-chief-2024-03-14/>
- 11 <https://twitter.com/MFAIceland/status/1770180072734855273?s=20>
- 12 <https://www.reuters.com/world/finland-resume-funding-unrwa-2024-03-22/>
- 13 <https://www.reuters.com/world/canadian-freeze-new-arms-export-permits-israel-stay-2024-03-20/>
- 14 [https://www.cjpme.org/pr\\_2024\\_03\\_18\\_parliament\\_vote\\_arms\\_exports](https://www.cjpme.org/pr_2024_03_18_parliament_vote_arms_exports)
- 15 <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-03-19/ty-article/report-canada-will-stop-sending-arms-to-israel-foreign-minister-says/0000018e-58a9-d88e-a39e-7dbb83210000>
- 16 <https://voelkerrechtsblog.org/germanys-strong-public-support-for-israel-has-made-the-country-the-main-target/>
- 17 <https://www.ejiltalk.org/alleged-violations-of-the-duty-to-ensure-respect-for-ihl-and-the-monetary-gold-principle/>
- 18 <https://palaestinakongress.de/>
- 19 <https://apnews.com/article/ghassan-abu-sitta-gaza-war-crimes-testimony-coa40d6edc02bbob91c94eb39cd8110d>
- 20 <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-berlin-senat-moegliches-verbot-von-palaestina-kongress-noch-unklar-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240318-99-377858>  
<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/kongress-geplant-berliner-cdu-vermietet-nicht-an-juden-hasser-87550904.bild.html>  
<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/kongress-geplant-berliner-cdu-vermietet-nicht-an-juden-hasser-87550904.bild.html>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de